

Verbotene Liebe?

Zum Verhältnis von Wirtschaft und Politik

Hannah-Arendt-Lectures
und Hannah-Arendt-Tage 2013

Herausgegeben von
Detlef Horster und Franziska Martinsen

© Velbrück Wissenschaft, Weilerswist 2014

Vorwort

Hannah Arendt betrachtet eine engere Verbindung von Politik und Wirtschaft skeptisch. In ihrer Politischen Theorie befürwortet sie, inspiriert von der antiken Philosophie, insbesondere von Aristoteles' Denken, eine bewusste Trennung dieser beiden Bereiche – theoretisch ebenso wie praktisch. Konzeptuell unterscheidet sie die Sphäre der Wirtschaft von der Sphäre der Politik anhand des Merkmals der Freiheit. Für Arendt ist Freiheit in einem emphatischen Sinne, nämlich das freie, gemeinsame Handeln in einem öffentlichen Raum, allein in der Sphäre der Politik möglich. Den Bereich der Wirtschaft charakterisierte sie im Gegensatz dazu – und durchaus polemisch zuspitzend – als dominiert vom ›Zwang der Notwendigkeit‹, weil hier die Zwecke und Ziele menschlicher Tätigkeiten ökonomischen Gesetzmäßigkeiten unterstellt werden: Im Bereich der Wirtschaft gehe es in erster Linie um die Sicherstellung der Lebensgrundlagen. Erst auf dieser Basis, aber vor allem unabhängig von der Logik der Selbsterhaltung könne Politik sich entfalten und Freiheit verwirklichen. Aufgrund der fundamentalen Verschiedenheit ihrer jeweiligen Aufgaben und Zielsetzungen warnt Arendt vor einer Annäherung der beiden Bereiche – eine paternalistische Regulierung von Wirtschaft sei als ebenso problematisch anzusehen wie die Ökonomisierung der Politik. Vor allem letztere sieht Arendt als große Gefahr für ein freiheitliches politisches Handeln. Umso nachdrücklicher fällt ihr Plädoyer für das Auseinanderhalten der beiden Bereiche aus. In der heutigen gesellschaftlichen Realität hingegen lässt sich – lokal wie global – eine zunehmende Verflechtung von politischen und wirtschaftlichen Prozessen beobachten. Die globale Krise der Finanzmärkte, die zunehmende Verschuldung von Staatshaushalten, Lobbyismus, Korruption – dies sind wohl die prominentesten Beispiele für die Marktabhängigkeit der Politik. Sämtliche Beispiele verweisen auf ein mittlerweile hochkomplexes Gefüge

von zum Teil für die gesellschaftliche Öffentlichkeit unsichtbaren Strukturen wechselseitiger Beeinflussung.

Unter dem provokanten Titel »Verbotene Liebe?« widmeten sich die Hannah-Arendt-Lectures und die Hannah-Arendt-Tage 2013 in Hannover der Reflexion über die sich umso dringlicher stellende Frage nach einem angemessenen und legitimen Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft in unserer heutigen Zeit. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den Disziplinen der Soziologie, Philosophie, Politikwissenschaft, der Volks- und der Betriebswirtschaft, der Katholischen Theologie und der Rechtswissenschaft, Politikerinnen und Politiker sowie Personen aus der Wirtschaft und der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit haben sich in öffentlichen Vorträgen und im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit der Frage nach der Beziehung zwischen Politik und Wirtschaft auseinandergesetzt. Die Beiträge zu dieser Debatte, die in dem vorliegenden Band versammelt sind, bieten kontroverse Thesen zur Problemlage, sie werfen weiterführende Fragen auf und verweisen nicht zuletzt auch auf Lösungsansätze. Im Zuge dieser Auseinandersetzung werden mitunter auch die Arendtschen Begrifflichkeiten selbst in Frage gestellt. So vermisst Birgitta Wolff an Arendts Unterscheidung zwischen politischer Freiheit und ökonomischem »Zwang der Notwendigkeit« die nötige Aufgeschlossenheit für empirische Befunde. Idealistisches, rein am Gemeinwohl orientiertes Handeln fern von Eigeninteressen etwa sei in der Politik unwahrscheinlich. Andererseits sollten ökonomische Prozesse nicht vollständig verregelt werden. Wolff ist der Auffassung, dass es gerade in der Wirtschaftspolitik wichtig sei, dass staatliche Akteure nicht in alle »Spielzüge« der Wirtschaft eingreifen, sondern sich auf die Organisation der Spielregeln beschränken. In diesem Punkt stimmt Jürgen Großmann mit Birgitta Wolff überein, wenn er aus der Sicht eines Unternehmers den Standpunkt vertritt, dass die Wirtschaft durchaus ein Recht auf ökonomische Freiheit, und das heiße konkret: ein Recht darauf habe, so wenig wie möglich durch staatliche Politik beeinträchtigt zu werden – nicht zuletzt um wirtschaftlich effektiv agieren zu können. Großmanns Gedankengang geht jedoch weiter bis hin zu dem Aspekt, dass die Wirtschaft zumindest eine »Informationspflicht« gegenüber der Politik habe, damit diese entsprechende Entscheidungen über Regularien für die Wirtschaft auch verantwortungsbewusst treffen könne.

Sabine Berghahn hingegen kritisiert genau diesen Anspruch der Wirtschaft auf Unabhängigkeit von politischer Einflussnahme. Sie beschäftigt sich weniger mit der verbotenen als mit der gebotenen Liebe zwischen den beiden Bereichen Politik und Wirtschaft. Am Beispiel der Frauenquote für Aufsichtsräte zeigt Berghahn auf, dass die Zurückhaltung der Politik gegenüber einer stärkeren Regulierung privatwirtschaftlicher Strukturen zugunsten einer geschlechtergerechten Verteilung von Führungspositionen im Grunde genommen als Desinteresse an der Gleichstellung der Geschlechter in relevanten Bereichen der Gesellschaft interpretiert werden müsste. Entgegen Arendts konzeptioneller Trennung von öffentlicher Politik und eher privat orientierter Wirtschaft fordert Berghahn die

Einbeziehung des vermeintlich privaten Geschlechterverhältnisses in wirtschaftspolitische Maßnahmen.

Armin Nassehi thematisiert die zunehmende Ökonomisierung gesellschaftlicher Bereiche, u. a. der Politik, als Herausforderung sowohl für staatliches Handeln als auch zunächst einmal für die wissenschaftliche Einordnung der aktuellen Dynamiken. Hierfür sei es wichtig, die mittlerweile klischeehaft gewordenen Zuschreibungen gesellschaftlicher Phänomene wie »kapitalistisch« versus »sozialistisch«, »liberal« versus »sozialdemokratisch-interventionistisch« oder »konservativ« versus »fortschrittlich« zu überwinden und nach adäquaten Beschreibungen der differenzierten Problemlagen zu suchen. Laut Nassehi beobachten wir keine verbotene Nähe von Politik und Wirtschaft, sondern die Selbstgefährdung des Ökonomischen durch seine Optionssteigerung. Anhand einer Umdeutung der »neuen Unübersichtlichkeiten« im Verhältnis von Politik und Wirtschaft gelingt es Nassehi darzulegen, dass diese als Resultat einer Ökonomisierung der Gesellschaft keinesfalls eine Gefahr für die Politik darstellen. Vielmehr sind sie »exakt Ausdruck einer funktional differenzierten Gesellschaft«, die sich heutzutage eben als Netzwerkstruktur gestaltet.

Diese Gelassenheit in Bezug auf die Prozesse der Finanzmärkte teilen nicht alle Beiträgerinnen und Beiträger. Bernhard Emunds nimmt eine ethische Perspektive ein und kritisiert aus dieser die negativen Folgen einer verselbständigten Finanzwirtschaft. Emunds bezweifelt, dass ein zentraler Teil der finanzwirtschaftlichen Institutionen sich als »wohlstandsförderlich legitimieren« lasse. Er argumentiert, dass die Politik dort moralische Verantwortung übernehmen müsse, wo sie derzeit mit finanzpolitischen Maßnahmen der Sicherung des Bankensektors den Wohlstand der Gesamtgesellschaft in Gefahr bringt. Schließlich plädiert er für eine Neuausrichtung der Finanzwirtschaft: Regierungen sollten die gesetzliche Grundlage für die Geschäfte der Finanzinstitute nach dem sog. Trennbankenprinzip ausrichten, um den Weg zu ebnen für eine Finanzwirtschaft, die zwar durchaus von Krisen heimgesucht würde, aber nicht mehr die Gesamtwirtschaft in eine tiefere Krise reißen könnte.

In diesem Punkt kommt die Frage nach der demokratischen Kontrolle von Finanzstrukturen ins Spiel. Anke Martiny vertritt hier dezidiert die Auffassung, dass die Nähe zwischen Politik und Wirtschaft durchaus wachsam beobachtet werden müsse – und zwar nicht nur von Seiten der Berufspolitiker und -politikerinnen, sondern auch von Seiten der zivilgesellschaftlichen, außerparlamentarischen Öffentlichkeit. Hiermit wird also ein breiteres Politikverständnis angesprochen, das wiederum demjenigen von Hannah Arendt nahe kommt: Im öffentlichen Raum sollen Diskurse und Praktiken transparent und damit für alle zugänglich gemacht werden, um sie schließlich demokratischen Meinungs- und Willensbildungsprozessen zuführen zu können. Nur so können fragwürdige Engführungen zwischen Politik und Wirtschaft sowie eindeutige Korruptionsfälle angemessen kritisiert und sanktioniert werden.

Birger Priddat spricht sich ebenfalls für eine stärkere Beachtung der faktischen Abhängigkeit des Staates von wirtschaftlichen Prozessen aus. Heutzutage werde die Politik nicht mehr nur von den Wählerinnen und Wählern bewertet, sondern zudem von den (Finanz-)Märkten. Dieses Verhältnis müsste jedoch genau umgedreht werden – Bürgerinnen und Bürger würden dann nicht mehr nur »ihre Politik«, sondern auch »ihre Wirtschaft« wählen. Durch die Ermöglichung einer sog. »Bürgerwirtschaft« könnte das politische Handlungsfeld erheblich erweitert – und dabei auch neu strukturiert – werden. Neben den klassischen Akteuren wie den Parteien würde die Bedeutung von sog. social networks anwachsen, die nicht nur die öffentliche Diskussion in Gang halten, sondern auch eine umfassendere – direktere – demokratische Beteiligung bewirken könnten: »Das alte Wort Wirtschaftsdemokratie bekäme endlich einen Sinn«. Diese Bürgerwirtschaft könnte den Staat entlasten und gleichzeitig als Bürgergesellschaft »wieder in die eigene Hand [nehmen], was vordem an den Staat delegiert war«.